

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte  
an der EU-geführten Operation EUFOR RD CONGO zur zeitlich befristeten Unterstützung der  
Friedensmission MONUC der Vereinten Nationen  
während des Wahlprozesses in der Demokratischen Republik Kongo  
auf Grundlage der Resolution 1671 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen  
vom 25. April 2006**

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 36. Sitzung, Berlin, Freitag, den 19. Mai 2006

3111

Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul

(A) (Rainer Arnold [SPD]: So ist es!)

in dem Gewaltherrscher bestimmte Rohstoffe illegal ausbeuten. Es gibt nichts Wichtigeres als die Förderung von Demokratie und Staatlichkeit, um diesem heute stattfindenden Rohstoffkrieg ein Ende zu bereiten. Deshalb müssen wir uns gemeinsam engagieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht gleichzeitig darum, sicherzustellen – das ist für mich das Wichtigste –, dass den Menschen im Kongo, in der Region der Großen Seen das Einkommen aus den Rohstoffen selbst zugute kommt. Es ist wichtig – es wird immer gefragt: Wo ist das Afrikakonzept? –, dazu beizutragen, dass Transparenz bei der Nutzung von Rohstoffen geschaffen wird. Dazu gibt es die wunderbare Initiative von Peter Eigen, die wir unterstützen. Diese soll die Finanzierung der Unternehmen sowie das offen legen, was sie an Regierungen und Gruppen zahlen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um der illegalen Ausbeutung von Rohstoffen ein Ende zu setzen. Das aber setzt Sicherheit im Lande voraus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Paul Schäfer [Köln] [DIE LINKE])

Manche diskutieren hier über dieses Thema, als habe es bisher noch keine Arbeit und Unterstützung für die Menschen im Kongo gegeben. Seit dem Jahr 2000 unterstützen wir im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die **Zivilgesellschaft**. Ich habe Vertreter der Frauennetzwerke und Opfernnetzwerke getroffen, die durch unsere Unterstützung und Finanzierung ihre Arbeit leisten können.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind vorzügliche Projekte!)

– Das ist wunderbar. Die Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, hoffen auf uns und darauf, dass wir dazu beitragen, dieser Gewalt ein Ende zu machen. Bitte enttäuschen wir sie nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was tun wir? Wir haben geholfen, Kämpfer zu demobilisieren, und Hilfe bei der Wahlvorbereitung geleistet. Wir fördern Mikrofinanzinstrumente, damit insbesondere Frauen ein Einkommen erwirtschaften und dadurch ihre Zukunft gestalten können. Außerdem leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der vielfältigen natürlichen Ressourcen des Kongos. Diese Ressourcen wären bereits zerstört, wenn nicht Helfer, auch aus Deutschland, dazu beigetragen hätten, diese Ressourcen zu sichern.

Ich will an dieser Stelle all denen, die in den letzten Jahren in diesem Land an der Seite der Menschen eine Unterstützungsleistung erbracht haben, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(C)

Sie haben vieles riskiert. Ich will ein Beispiel anführen – wenn ich es nicht selbst gesehen hätte, könnte ich Ihnen davon nicht berichten –: Eine Firma im Osten des Kongos, mit einem deutschen Besitzer, entwickelt mit unserer finanziellen Unterstützung Projekte und Medikamente zur Aidsbekämpfung. Diese Medikamente können als Generika in andere Teile Afrikas exportiert werden.

Die **internationale Gemeinschaft** engagiert sich bereits heute in großem Maße. Dieses Engagement wollen wir – Frau Müller hat das angesprochen – ausweiten. Natürlich wird eine große Konferenz der Geberländer stattfinden, auf der über die Sicherheit in Bezug auf Polizei und Militär und den staatlichen Aufbau diskutiert werden wird. Wir werden bereit sein, weitere finanzielle Hilfe und Unterstützung zuzusagen.

In den Jahren 2005 und 2006 haben wir 15 Millionen Euro Nothilfe geleistet. Ich selbst habe im Jahre 2005 für den Wiederaufbau noch einmal rund 24 Millionen Euro zugesagt.

(Dirk Niebel [FDP]: Aus Ihrer eigenen Tasche?)

António Guterres hat uns in den letzten Tagen daran erinnert – Kerstin Müller hat es angesprochen –, dass im Kongo in jedem der letzten Jahre so viele Menschen Opfer wurden, als hätte es zweimal jährlich einen Tsunami gegeben. Ich bin der festen Überzeugung, dass niemand in diesem Haus sein Gewissen damit belasten will, dazu beigetragen zu haben, dass diese Situation fortbesteht. Deshalb sage ich: Lassen Sie uns dazu beitragen, dass dieser humanitären Katastrophe ein Ende gesetzt wird! Auch aus entwicklungspolitischen Gründen werbe ich für den Einsatz, über den wir heute diskutieren.

(D)

Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nun hat das Wort der Bundesminister für Verteidigung, Franz Josef Jung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach rund 45 Jahren gibt es im Kongo, wo durch bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischenzeitlich fast 4 Millionen Menschen umgekommen sind, erstmals wieder die Chance auf Demokratie, Stabilität, wirtschaftliche Prosperität und Frieden. Mit unserer Mission wollen wir diesen Prozess unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Es ist auf die Bereiche hingewiesen worden, in denen die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zur Unterstützung schon geleistet hat. Jetzt geht es darum, den demokratischen Prozess abzusichern. Der Ausgangspunkt für dieses Mandat – ich will noch einmal darauf hinweisen – war die Bitte der Vereinten Nationen gegenüber der Europäischen Union, diese demokratischen Wahlen abzusichern.

Liebe Frau Kollegin Müller, es ist unbestritten, dass der Prozess in Europa nicht ganz einfach war. Ich will darauf nicht näher eingehen, Ihnen dazu aber eines sagen: Der Blick war zunächst darauf gerichtet, dass unsere Battle-Group mit 1 500 Soldatinnen und Soldaten diesen Prozess zu bewältigen hat. Auch das ist die Wahrheit. Ich glaube aber nicht, dass es eine Aufgabe der Europäischen Union gewesen wäre. Deswegen halte ich es für gut, dass wir erreichen konnten, dass sich **18 Nationen** an dieser europäischen Operation beteiligen. Das ist für eine erfolgreiche Durchführung der Mission notwendig und richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir stellen rund 500 Einsatzkräfte und – ich komme noch darauf zurück – 280 Unterstützungskräfte. Für diese europäische Mission unter Führung des Hohen Repräsentanten Solana stellen wir das Operationshauptquartier in Potsdam und mit General Viereck den Kommandeur dieser Operation.

(B)

Ich will in diesem Zusammenhang auch sagen, dass von den Vereinten Nationen die Erfüllung von Aufgaben in drei Bereichen angefordert wurde: erstens die Unterstützung der MONUC-Truppen bei einer krisenhaften Situation – ich will hinzufügen, dass von uns zwischenzeitlich circa 4 500 Polizeibeamte dort ausgebildet worden sind, die ebenfalls für die Sicherheit vor Ort sorgen –, zweitens die Evakuierung und drittens die Sicherung des Flughafens.

(Vorsitz: Vizepräsident Wolfgang Thierse)

Da wir im Rahmen der Aufstellung der **Battle-Group** schon angezeigt hatten, die Aufgabe der Evakuierung wahrzunehmen, haben wir diese Aufgabe – die Battle-Group ist in fünf Tagen einsatzfähig – jetzt übernommen. Denn wir können auf gut ausgebildete, gut ausgerüstete und gut vorbereitete Soldatinnen und Soldaten für eine solche Mission zurückgreifen. Es ist daher verantwortlich, einen solchen Auftrag zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die französischen Freunde leisten die Unterstützung der MONUC-Truppen und die anderen europäischen Nationen sorgen für die Sicherung des Flughafens.

Bezüglich des Prozesses will ich noch hinzufügen, dass wir die Erfüllung von **fünf Bedingungen als Voraussetzung für die Mission** gestellt hatten:

(C) Erste Bedingung war ein klares Mandat der Vereinten Nationen. Dieses wurde am 25. April von den Vereinten Nationen mit all den notwendigen Komponenten, insbesondere im Hinblick auf ein robustes Mandat, erteilt.

Zweite Bedingung war die Zustimmung der kongolesischen Regierung. Hier gab es einen gewissen Diskussionsprozess. Ich bin dem Hohen Repräsentanten Solana dankbar, dass er in Kinshasa war und nicht nur die Zustimmung von Präsident Kabila eingeholt hat, sondern auch die Zustimmung der Vizepräsidenten und der Vertreter anderer Organisationen. Denn ich halte es für klug und richtig, dass wir mit Blick auf eine derartige Mission eine breite Zustimmung der Betroffenen vor Ort für diese Operation haben.

Die dritte Bedingung war eine breite europäische Beteiligung und die vierte Bedingung war eine räumliche Begrenzung auf Kinshasa, auf die ich noch zurückkomme. Fünfte Bedingung war schließlich die zeitliche Begrenzung der Mission auf vier Monate.

All diese Bedingungen sind erfüllt worden und die Bundesregierung hat sich dafür entschieden, um ein Mandat für diesen Einsatz zu bitten. Nun wirken 18 Nationen an dieser Operation mit. Wir sind gut vorbereitet und deshalb trete ich jetzt vor den Deutschen Bundestag und werbe um die Unterstützung für dieses Mandat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir stellen wie unsere französischen Freunde etwas über ein Drittel des Kontingents. Andere europäische Länder stellen rund 400 Soldatinnen und Soldaten für diesen Einsatz bereit. Ich bin Ländern wie beispielsweise Spanien, Polen, Belgien und Schweden sehr dankbar dafür, dass sie größere Kontingente für diesen Einsatz stellen.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Weil dieser Punkt kritisch angesprochen wurde, will ich wiederholen: Es handelt sich um 500 Einsatzkräfte und 280 Unterstützungskräfte. Für die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten brauchen wir diese Unterstützungskräfte. Für mich ist es wichtig, dass wir bei dieser Operation die **Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten** zentral im Blickfeld haben. Deshalb halte ich es für notwendig, bestmögliche Rahmenbedingungen hinsichtlich der Logistik und des Sanitätswesens zu schaffen. Dafür tragen wir Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsident Wolfgang Thierse:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bonde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

**Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:**

Bitte.

(A) **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Verteidigungsminister, Sie haben soeben ausgeführt, dass Sie die Soldaten für dieses Mandat in Eingreifkräfte und Unterstützungskräfte einteilen. Können Sie mir und der Öffentlichkeit erklären, warum Sie erstmals bei einem Mandat des Deutschen Bundestages für einen Einsatz diese Aufteilung vornehmen? Können Sie mir erklären, warum sämtliche beteiligten europäischen Partnernationen keine Unterteilung der Soldaten in unterschiedliche Kategorien vornehmen? Können Sie uns erklären, warum Sie jenseits der magischen Zahl 500 an dieser Stelle diesen völlig neuen Weg, diesen **Sonderweg** innerhalb der EU-Missionen beschreiten?

(Dirk Niebel [FDP]: Er hat sich verzählt! Das kann ja mal vorkommen!)

**Dr. Franz Josef Jung**, Bundesminister der Verteidigung:

Ich sage Ihnen klar und deutlich: Wir haben immer eindeutig gesagt, dass wir bis zu 500 Einsatzkräfte bereitstellen, und ich habe immer hinzugefügt, dass wir dafür noch die entsprechenden Unterstützungskräfte brauchen.

Ich sage noch einmal: Ich halte es im Interesse der Sicherheit und des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten für notwendig, dass wir vor Ort **optimale Rahmenbedingungen** haben. Sie wissen, dass dort teilweise andere Rahmenbedingungen gelten. Dafür brauchen wir eine medizinische und eine logistische Unterstützung unserer Soldatinnen und Soldaten. Deshalb ist es im Interesse unserer Soldaten, diese Unterstützungskräfte bereitzustellen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich darauf hinweisen, dass die Einsatzkräfte für Evakuierungen im Raum Kinshasa vorgesehen sind. Dafür stellen wir gut ausgebildete und gut ausgerüstete Infanteriekräfte und die notwendigen Lufttransportmittel zur Verfügung, wobei ich hinzufügen will, dass sich der überwiegende Teil in Gabun in Reserve hält.

Liebe Frau Kollegin Homburger, Sie wissen doch, dass eine Erkundungsmission im europäischen Auftrag im Kongo gewesen ist, dass sie damals unter Führung eines deutschen Generals drei Optionen ermittelt hat, dass im Rahmen dieser drei Optionen klare Kontingentierungen vorgesehen waren und dass man sich im Rahmen der Europäischen Union entschieden hat, die Option 2 in Anspruch zu nehmen. Sie beinhaltete, 400 bis 450 Soldaten vor Ort und den Rest in Reserve bereitzustellen. Das ist der Ausgangspunkt für das Mandat gewesen. Ich glaube, von daher ist es richtig, dass das in dieser Art und Weise jetzt umgesetzt wird.

Ich füge hinzu: Hier müssen wir uns auch auf unsere militärischen Berater verlassen können, die vor Ort waren, die die Mission vorab erkundet haben und die die Voraussetzungen für einen verantwortlichen Einsatz festgestellt haben. Ich denke, die Rahmenbedingungen

sind jetzt so, dass dieser verantwortliche Einsatz gewährleistet werden kann. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Hinzu kommt, dass wir im Rahmen des Mandates jetzt natürlich auch deutlich machen müssen, mit bis zu welchen **Kosten** wir bezogen auf den Gesamtumfang rechnen. Kosten von bis zu 56 Millionen Euro wurden von uns ermittelt. Ich sage aber auch hier vor dem Deutschen Bundestag: Natürlich ist es ein Unterschied, ob unsere Soldaten letztlich in Reserve bleiben oder ob wir sie in Einsatz bringen müssen. Im Hinblick auf das Mandat haben wir aber alle Eventualitäten eingerechnet – so meinen die Experten –, sodass der Kostenrahmen stimmt. Natürlich ist es auch wahr, dass wir das nicht im Einzelplan 14 vorgesehen hatten, aber wir versuchen, das zu finanzieren. Ich denke, mit dem Finanzminister besteht Einigkeit, dass er uns hilft, auch die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, wenn der Rahmen nicht reichen sollte.

Eines füge ich allerdings hinzu: Vom Jahr 2003 bis heute – Frau Kollegin Wieczorek-Zeul hat das gerade auch angedeutet – haben wir über die anderen Institutionen bereits rund 500 Millionen Euro im Kongo investiert. Ich denke, es ist klug und richtig, nicht nur diese Investitionen, sondern letztlich auch den humanitären Auftrag, den Auftrag für Demokratie abzusichern und die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung im Kongo zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Mit diesem Einsatz gehen wir zugegebenermaßen eine, wenn Sie so wollen, neue **europäische Verpflichtung in Afrika** ein, aber es gehört zu unserer Strategie, diesen Nachbarkontinent Europas in einer positiven Art und Weise zu entwickeln. Der Kongo ist 6,6-mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklung im Kongo wird – der Kollege Steinmeier hat auf das Zitat des südafrikanischen Präsidenten hingewiesen – Auswirkungen auf die Entwicklung in Afrika haben. Deshalb ist es notwendig, hier einen positiven Prozess zu gewährleisten.

Ich möchte Sie daher unter verteidigungspolitischen Aspekten sehr herzlich bitten, diesem Mandat zuzustimmen – im Interesse der friedenssichernden Funktion, im Interesse der Sicherheit bei den Wahlen und schließlich im Interesse unserer Soldatinnen und Soldaten, die für ihre schwierige Aufgabe, wie ich finde, eine breite Unterstützung dieses Parlamentes verdient haben.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Gert Winkelmeier.

**Gert Winkelmeier** (fraktionslos):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten über die Beteiligung deutscher Streitkräfte an einem Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo. Es